

EFFEKTIV HAUSHALTEN MIT EINER POLITIK, DIE RECHNEN KANN

Was für jeden Menschen selbstverständlich ist, muss auch für Staat und Politik gelten: Nicht mehr Geld ausgeben, als man hat. Eine Politik, die rechnen kann, achtet auf Einnahmen und Ausgaben.

Wir wollen, dass der Staat mit dem Geld der Bürger wirtschaftlich umgeht und cleverer investiert als bislang. Eine Finanzierung auf Pump von heute, zum Beispiel für Wahlgeschenke, müssen die Generationen von morgen bezahlen. Das ist ungerecht. Haushalten wir daher effektiv und generationengerecht.

Schuldenabbau vorantreiben und mehr Generationengerechtigkeit wagen

Wir Freie Demokraten wollen, dass sich Deutschland nicht auf der „schwarzen Null“ der Schuldenbremse ausruht. Vorhandene Haushaltsüberschüsse und niedrige Zinsen wollen wir für einen schnellen Schuldenabbau verwenden. Wir wollen, dass die zukünftigen Generationen entlastet werden. Das erreichen wir durch eine Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen ergänzt durch eine Generationenbilanzierung. Dabei werden Leistungen der Gesellschaft für nachfolgende Generationen den Lasten gegenübergestellt: etwa Ausgaben für Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit auf der Haben-Seite und Belastungen durch Staatsverschuldung, Pensionslasten und Verpflichtungen aus Generationenverträgen auf der Soll-Seite. Dies schafft Transparenz und wirkt als Anstoß für mehr Fairness zwischen den Generationen.

Jeder haftet für seine eigenen Schulden

Bund, Länder und Gemeinden sollen mehr Eigenverantwortung übernehmen und für ihre Schulden selbst haften. Denn heute stehen zum Beispiel die Bundesländer in einer Haushaltsnotlage als „Ultima Ratio“ füreinander ein. Diejenigen, die gut wirtschaften, tragen die Risiken derjenigen mit, die schlecht wirtschaften. Das setzt die disziplinierende Wirkung des Kapitalmarktes, beispielsweise durch Zinsaufschläge, außer Kraft. Wir wollen Anreize für solides Haushalten schaffen und klare Regeln für den Fall einer Überschuldung. Dann soll eine Insolvenzordnung die Umstrukturierung der Schulden und eine geordnete Gläubigerbeteiligung ermöglichen. Das sichert die Handlungsfähigkeit der Gebietskörperschaft.

Subventionsbremse und Haushaltspriorität für den Bundeshaushalt

Von staatlichen Subventionen, wie der Kaufprämie für Elektroautos, profitieren nur große Automobilkonzerne, bezahlen müssen es jedoch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Wir Freie Demokraten wollen daher eine Subventionsbremse für den Bundeshaushalt einführen und alle staatlichen Subventionen auf den Prüfstand stellen. Freiwerdende Mittel ordnen sich der Haushaltspriorität für Polizei, Justiz, Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur unter und sichern die Handlungsfähigkeit des Staates.

Mehr Handlungsspielraum für Bund, Länder und Kommunen trotz Schuldenbremse

Wir wollen Bund und Ländern die Möglichkeit geben, frühzeitig und nachhaltig möglichen Verstößen gegen die Schuldenbremse entgegenzuwirken. Bereits jetzt muss der Bund, ab 2020 auch die Länder, ausgeglichene Haushalte aufweisen. Bis auf wenige Ausnahmen ist dann für die Länder keine Neuverschuldung mehr möglich. Beim Bund ist diese auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beschränkt. Für mehr finanzielle Spielräume bei den Kommunen fordern wir langfristig die Ersetzung der Gewerbesteuer. Mit Einführung eines kommunalen Zuschlags mit eigenem Hebesatzrecht auf die Körperschaftsteuer, einer abgesenkten Einkommensteuer und einem höheren kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer erhalten die Kommunen so einen größeren finanziellen Spielraum. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Ausweitung der Befugnisse des Stabilitätsrates zur Kontrolle und Überwachung der Schuldenbremse in den Ländern ein und für die Einführung eines Rechtsbehelfs zur aufschiebenden Wirkung bei gerügten Verstößen. Neuverschuldungen sollen nur mit einer Zweidrittelmehrheit in den Parlamenten beschlossen werden.

Schuldenbremse 2.0

Wir Freie Demokraten wollen eine „Schuldenbremse 2.0“. Denn nicht nur der Steuerhaushalt benötigt eine Schuldenbremse, sondern auch unsere Sozialversicherungssysteme. Die Leistungen sind von gesamtgesellschaftlichem Interesse und dürfen die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler nicht durch zu hohe Beiträge belasten. Versicherungsfremde Leistungen, z. B. Leistungen für nicht versicherte Personen oder Leistungen ohne Beitragsdeckung, werden jedoch ebenso vollständig aus diesen Beiträgen finanziert. Das ist nicht fair! Zugleich wollen wir verhindern, dass die bisherige Schuldenbremse durch einen Griff in die Sozialkassen umgangen wird. Versicherungsfremde Leistungen sollen daher im Grundprinzip komplett aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.

Mehr Informationen finden Sie auf fdp.de/denkenwirneu

DENKEN WIR NEU.